

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlandeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Postgebühren.

Anzeigenpreis: die einseitige Peltizzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittag.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gae in Wildbad.

Nummer 125

Februar 179

Wildbad, Donnerstag, den 2. Juni 1921

Februar 179

55 Jahrgang

Tagespiegel.

Die württembergische Steuerpraxis zwingt die Daimlerwerke, einen Teil ihres Betriebs nach Berlin zu verlegen.

Im Reichstag gab der Reichskanzler das Programm der Regierung bekannt, das er durch die drei Worte kennzeichnet: Verständigung, Wiederaufbau, Verbesserung.

Die Regierungsbildung im Reich ist vollendet, da der Reichskanzler das Reichsfinanzministerium beibehält.

Der Ausstand im Waldburger Bergrevier wird demnächst die Einstellung der Gasversorgung in den mittelschlesischen Städten zur Folge haben.

Die Bau- und Kreisbauämter der bayerischen Einwohnerwehr erkliden in dem Angebot der bayerischen Regierung die Grenze des Möglichen.

Die Polen ziehen sich aus Groß-Strehlitz zurück und zerstören planmäßig das geräumte Gebiet.

Der französische Finanzminister erklärte, daß die Kosten für die Mobilisierung der Jahresklasse 1919 Deutschland zu Lasten kommen. Eine für das Ruhrgebiet bestimmt gewesene Kavalleriedivision wird zurückgezogen.

In Italien sind die Beamten in eine Reihe von Streiks getreten.

Die Milliarden der Kriegsschuld.

Ueber die Höhe der finanziellen Lasten, die fortan infolge des Londoner Ultimatums auf dem deutschen Volk ruhen, besteht wohl noch keine genügende Klarheit, selbst in den amtlichen Kreisen nicht. Es ist daher denkenswert, daß ein Fachmann wie der Syndikus der Handelskammer Essen, Reichstagsabgeordneter General Dr. Quaak, der früher vortragender Rat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten war, in den „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrbezirk“ auf Grund der Berechnungen der Sachverständigen eine Aufstellung dessen gibt, was Deutschland an den Feindverband zu zahlen sich verpflichtet hat.

Der Gedankengang des Dr. Quaak ist folgender: Die Kriegsschuld berechnet sich je nach dem Stand unserer Valuta auf 1600 bis 1700, mindestens aber auf 1500 Milliarden Mark. Der Zehlbetrag im deutschen Reichshaushalt ist nun für das laufende Jahr auf 54 Milliarden Mark zu veranschlagen; in diesen Betrag ist eine Summe von rund 35 Milliarden Mark eingeschlossen, die wir alljährlich für die Besetzung bereit stellen müssen. Der nach dem Ultimatum neu aufzubringende Betrag wird von Sachverständigen auf 42 Milliarden Mark veranschlagt, so daß wir der Ausgabe gegenüberstehen, in jedem Jahre allein für den Feindverband für rund 96 Milliarden Mark Ausgaben Deckung zu schaffen. Auf den Kopf der Bevölkerung ist daher jährlich außer den bisherigen Ausgaben noch ein Betrag von 1600 M. zu erheben, ein Betrag, der bei einer Familie mit 3 Kindern rund 8000 Mark ausmachen würde.

Wie soll das möglich sein? Am nächsten liegt der Gedanke, bei den Ausgaben nach Möglichkeit zu sparen. Zweifellos ist zuzugeden, daß im Reichshaushalt erhebliche Ersparnisse möglich sind. Aber diese haben ihre Grenzen. Würde man z. B. selbst den unmöglichen Fall der Entlassung von etwa 400.000 öffentlichen Angestellten nehmen, so würde dadurch nur eine Entlastung der Reichsfinanzen in Höhe von 6 Milliarden entstehen; dem stehen auf der anderen Seite aber erhebliche Ausgaben für erhöhte Arbeitslosenunterstützung gegenüber.

Es wird nichts anderes übrig bleiben, als die Summe der Einnahmen zu vermehren. Die Reineinnahmen des ordentlichen Haushalts betragen zusammen rund 34 Milliarden Mark; eingeschlossen sind darin die gesamten Steuern auf Einkommen und Besitz, die auf rund 18 Milliarden M. geschätzt werden. Um den genannten Zehlbetrag von 96 Milliarden M. auszugleichen, müßten also sämtliche Einnahmen beinahe verdreifacht werden. Das ist aber durch stärkere Belastung der direkten Steuern einfach unmöglich, da die Einkommensteuer schon Sätze hat, die von vielen als kaum erträglich angesehen werden. Der Reichskanzler Wirth tritt nun den Gedanken, in weitestem Umfang indirekte

Steuern heranzuziehen. Wenn aber auf den Kopf der Bevölkerung noch ein weiterer Tribut von rund 1600 M. gelegt würde, so wäre die unmittelbare Folge ein Kampf aller Gehalts- und Lohnempfänger um die Erhöhung ihrer Bezüge, der alles, was wir an Erhöhung der Kampfen bisher erlebt haben, weit hinter sich lassen würde. Kämen wir in Verlauf dieser sozialen Erschütterungen zu erheblichen Lohnrückgängen, so wäre die selbstverständliche Folge ein Preisrückgang aller Preise, wahlweise Vermehrung des Notennulans usw. Auf diesem Weg kann also eine durchgreifende Gesundung nicht erfolgen. Ebenso sind unmöglich durchzuführen die von Wirth geplanten Sozialversicherungsmaßnahmen. Die Wirtschaft gibt nur dann Werte her, wenn man Werte in sie hineinsteckt, d. h. Kapital, Unternehmungsgeld und Arbeit. Hierzu braucht man aber Freiheit der Arbeit und Freiheit des Handels, die wie im Fall der Verwirklichung der Wirth'schen Pläne nicht haben würden.

Wir sehen also, daß wir den größten Schwierigkeiten gegenüberstehen. Die hauptsächlichste Möglichkeit den Forderungen des Verbands zu genügen, wird wohl darin bestehen, daß wir zu erhöhten Mehrleistungen kommen. Aber auch hier sind Uebertreibungen schädlich. Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands haben allen Grund sich gegenseitig zu warnen, daß die deutschen Kopf- und Handarbeiter zu einer ungemessenen Arbeitszeit zugunsten ausländischer Völker gezwungen werden.

Ankauf von Gold durch die Reichsbank.

Da das Reich durch die Annahme des Ultimatums vom 5. Mai ds. J. schwere Zahlungsverpflichtungen übernommen hat, sind die Reichsbank und die Reichspost beauftragt worden, Gold zu einem dem Weltmarktpreis ungefähr angepassten Preis anzukaufen. Goldene Schmucksachen und Gebrauchsgegenstände sind vom Ankauf ausgeschlossen. Für deutsche und ausländische Goldmünzen, sowie für Barren erfolgt der Ankauf durch Vermittlung der Reichsbankanstalten, die bereits mit entsprechender Welsung versehen sind. In den nächsten Tagen wird aber nur in Bezug auf deutsche Reichsgoldmünzen, aufgenommen werden. Der von der Reichsbank und der Post zu zahlende Ankaufspreis ist der gleiche. Er wird auf Grund des Weltmarktpreises am Ende jeder Woche neu festgesetzt. Für die laufende Woche stellt er sich z. B. auf 260 Mark für ein 20 Mark-Stück und 37.000 Mark für ein Kilogramm Feingold. Die Preise für die übrigen deutschen und ausländischen Goldmünzen werden entsprechend festgesetzt. Die Umsatz (Umsatz)-Steuer kommt bei diesen Verkäufen nicht in Anschlag. Dagegen ist anderweitiger Verkauf auf Grund des Gesetzes betreffend die Veräußerung von Gold vom 28. April 1921 ohne Zustimmung des Reichswirtschaftsministers verboten und strafbar. Die Verwertung im Ausland ist durch das Goldausfuhrverbot ausgeschlossen.

Neues vom Tage.

Vervollständigung des Reichskabinetts.

Berlin, 1. Juni. Reichskanzler Wirth wird das Finanzministerium beibehalten. Bei der Bildung des Kabinetts Wirth waren der Sozialdemokratie vier Sitze zugewilligt worden. Nachdem indessen Rathenau Wiederaufbauminister geworden ist, bleibt für die Sozialdemokratie kein Ministerium mehr offen. Unter diesen Umständen war ihr anheimgestellt worden, einen Minister ohne Fachnamhaft zu machen. Wie die parlamentarischen Nachrichten hören, hat die Sozialdemokratie indessen vorgeschlagen, unter den obwaltenden Umständen auf den vierten Minister zu verzichten.

Aufhebung des Belagerungszustands.

Berlin, 1. Juni. Einer Korrespondenz zufolge ist der Belagerungszustand über die preussischen Gebietsteile Groß-Damburgs aufgehoben worden. Die Aufhebung des Belagerungszustands in Mitteldeutschland und Ostpreußen dürfte in nächster Zeit bevorstehen.

Stagerat-Fest in Berlin.

Berlin, 1. Juni. Gestern abend fand in den überfüllten Sälen des Westens eine von der Berliner Stagerat-Gesellschaft veranstaltete Feier des deutschen Sta-

gerat-Siegs statt, an der alle Berliner Marinevereine teilnahmen. Besonderen Beifall fand die Durchführung eines Stagerat-Films. Der Chef des Stabs der Hochseeslotte, Vizadmiral von Trotha und Admiral Danz hielten Reden.

Berichtigte Meldung.

Berlin, 1. Juni. W.D. sieht sich veranlaßt, die ihm aus Leipzig zugegangene Meldung, daß das Versahren gegen Kapitänleutnant a. D. Karl Neumann wegen Versenkung eines englischen Hospitalschiffs eingestellt werde, dahin zu berichtigen, daß die Verhandlung in üblicher Weise vor dem Reichsgericht stattfinden werde, dessen Spruchsenat das Urteil zu fällen haben werde.

Die Lage in Oberschlesien.

Oppeln, 1. Juni. Die Polen beginnen sich im Kreise Groß-Strehlitz zurückzuziehen. Sie zerstören planmäßig das geräumte Gebiet. Der Rest des von ihnen angezündeten Schlosses Stambendorf und die zu ihm gehörende Brennerei, sowie die Kalkwerke in Groß-Strehlitz wurden von ihnen gesprengt. Der Koseler Oberhafen ist nach zuverlässigen Nachrichten vollständig unterminiert und soll bei einem weiteren Rückzug der Polen gesprengt werden.

Eine Abordnung des Verbands forderte den Kommandanten des deutschen Selbstschutzes, General Höfer, auf, den Selbstschutz zu entwaffnen und aufzulösen; es solle ein neutrales Gebiet geschaffen werden, das von den Engländern besetzt würde. Der General legte sich mit dem Zwölferausschuß der deutschen Parteien und Gewerkschaften ins Benehmen, der das Ansuchen entschieden ablehnte, da es im schärfsten Widerspruch zu den Forderungen des Generals Le Rond stehe. Wegen dem Plan einer Dreiteilung Oberschlesiens wurde Widerspruch erhoben. Darauf erließ der General dem Verband die Antwort, es müsse Verwahrung dagegen eingelegt werden, daß der deutsche Selbstschutz von der Verbandskommission auf eine Stufe mit den polnischen Aufständern gestellt werde. Es sei unmöglich, die vom Selbstschutz gehaltenen Linien zu räumen.

Danzig, 1. Juni. Die Regierung der Freistadt Danzig hat in einer scharfen Note bei der polnischen Regierung Beschwerde erhoben, daß der Danziger Senator Volkmann von polnischen Grenzposten mit Erschießen bedroht wurde. Es wurde volle Genugung und die Beseitigung verlangt, daß die polnische Regierung sofort für die Sicherheit der Danziger Staatsangehörigen Gewähr übernehme; die schwebenden Vertragsverhandlungen werde die Danziger Regierung nur noch auf Danziger Boden führen. Der Vertreter Polens stattete darauf dem Stadtpräsidenten und dem Senator Dr. Volkmann einen Besuch ab und drückte das Beharren der polnischen Regierung aus. Der Fall werde aus strengster Unterucht und zur Zufriedenheit erledigt werden. — Das kleine Danzig hat gezeigt, wie man mit den Polen verkehren muß.

Berlin, 1. Juni. Die demokratische Reichstagsfraktion hat, wie das „Tagblatt“ meldet, folgende Interpellation eingebracht: Sind dem Herrn Reichskanzler die Vorgänge in Oberschlesien bekannt? Welche Maßnahmen sind getroffen zum Schutz von Person und Eigentum der Bewohner Oberschlesiens? Welche Maßnahmen sind getroffen, um eine baldige Entscheidung gemäß dem Friedensvertrag und Abstimmungsresultat herbeizuführen?

Der Streit in Niederschlesien.

Breslau, 1. Juni. In den Waldburger Bergwerken sind außer den freien Gewerkschaften auch die christlich-sozialen und die Reich-Danischer Gewerkschaften in den Streit getreten. In vierzig den mit schlesischen Städten steht die Einstellung der Gasversorgung wegen Kohlenmangels bevor. Eine zum Reichsarbeitsministerium entsandte Abordnung der Bergarbeiter ist ohne Ergebnis zurückgekehrt.

Die bayerische Einwohnerwehr für Aahr

München, 1. Juni. Die Kreis- und Gauführer der bayerischen Einwohnerwehren haben laut „Bayer. Kurier“ in einer einstimmig gefaßten Entschlußung erklärt, daß sie, um den Ministerpräsidenten von Aahr und seine Regierung dem Land zu erhalten, bereit seien, seinem Angebot an die Reichsregierung sich zu fügen. Das sei aber das Allergeringste, was der Einwohnerwehr noch die Möglichkeit gebe, ihre Aufgabe, Ruhe und



Ordnung im Land aufrechtzuerhalten, zu erfüllen. Dem Ministerpräsidenten und dem Forstrat Dr. Escherich wurde das vollste Vertrauen ausgesprochen.

Schwierigkeiten in Oesterreich.

Graz, 1. Juni. Der steiermärkische Landtag hat gestern mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien beschlossen, am 3. Juli die Volksabstimmung über die Frage des Anschlusses an Deutschland vorzunehmen. Die Sozialisten erklärten, daß sie Gegner einer länderweisen Abstimmung seien und enthielten sich der Abstimmung. Sie erklärten aber gleichzeitig, daß sie am Tage der Abstimmung für den Anschluß stimmen würden, damit im Auslande keine falsche Meinung über den Anschluß der Bevölkerung von Steiermark aufkomme.

Wien, 1. Juni. Durch die Entscheidung des steierischen Landtags für die Abstimmung über den Anschluß, ist, wie in politischen Kreisen verlautet, nach den Vorgängen der letzten Tage und besonders nach den vom Bundeskanzler in Graz abgegebenen Erklärungen die Möglichkeit einer Regierungskrise gegeben. Jedenfalls wird sich heute ein Kabinettsrat mit der Lage beschäftigen. Gleichzeitig sollen Verhandlungen mit den Parteien stattfinden. Es dürfte sich dann bis zum Beginn der Vollziehung des Nationalrats am Nachmittag entschieden haben, ob mit dem Austritt des Kabinetts Mayr zu rechnen ist.

Frankreich weicht einen Schritt zurück.

Paris, 1. Juni. Das „Journal des Debats“ schreibt, die französische Regierung werde, „um das englische Gefühl nicht zu verletzen“, trotz ihrer Bedenken den englischen Vorschlag annehmen, daß die Sachverständigen über die Teilung Oberschlesiens nicht in Paris, sondern in Doppel in ihre Arbeit vornehmen. Indessen sei sie dem sofortigen Zusammentreten des Obersten Rats nach wie vor abgeneigt, das eine Erregung der öffentlichen Meinung hervorbringen würde. Die Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien müsse die Vorbedingung für die Konferenz sein.

Havas meldet, die Entscheidung über die Aufhebung der Rheinostperrre und der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort sei bis Ende Juni verschoben worden.

London, 1. Juni. Nach Reuter wünscht die englische Regierung, daß die Konferenz nächster Woche in Boulogne stattfindet. Außer Oberschlesien werde vielleicht auch über die Aufhebung der „Sanktionen“ im besetzten Gebiet und über die Lage in Kleinasien beraten.

Vom englischen Streik.

London, 1. Juni. Die Bergarbeiter haben die Vermittlungsvorschläge der Regierung abgelehnt, sie wünschen ein unmittelbares Abkommen mit den Bergwerksbesitzern.

Belgische Lügenberichte.

Brüssel, 1. Juni. Die „Nation Belge“ meldet, daß in einem Keller in Frankfurt a. M. 400 Luftschiffmotoren gefunden worden seien. Das Reich habe nicht nur die zugekauften 100 000 Mann unter Waffen, sondern mindestens zwanzigmal soviel. Die Ueberwachung der Entwaffnung müsse weit schärfer durchgeführt und ein besonderes Augenmerk auf die Herstellung von Luftfahrzeugen gerichtet werden. (Derartige Lügenberichte beweisen, daß man dem belgischen Volk eine Ansicht von Deutschlands Gefährlichkeit beibringen will, um die Raubpolitik ungehindert fortsetzen zu können.)

Deutschland bezahlt die „Sanktionen“.

Paris, 1. Juni. In der gestrigen Nachmittagsitzung der Kammer erklärte Finanzminister Doumer auf Anfrage, die Kosten für die Mobilisierung der Jahresklasse 1919 habe Deutschland zu tragen.

Die Furcht vor dem deutschen Wettbewerb.

London, 1. Juni. Im Unterhaus wurde die Entscheidung betreffend den Schutz der Schlüsselindustrie angenommen. Im Verlauf der sehr erregten Aussprache erklärte Alfred Mond, innerhalb eines Jahres bestimme, wie er glaube, keine Aussicht auf die Herstellung normaler Währungen. Die deutsche Regierung halte die Löhne niedrig, indem sie künstlich die Lebensmittelpreise drücke und halte durch Papierwährung die

deutsche Valuta absichtlich tiefer, als sie sonst sein würde.

Der deutsch-amerikanische Friedensvertrag.

Paris, 1. Juni. „New York Herald“ will aus guter Quelle aus New York erfahren haben, daß Staatssekretär Hughes und Handelssekretär Hoover sich bemüht hätten, den Friedensvertrag in einer für den Senatenschuß annehmbaren Form umzugestalten, sie haben aber ihre Absicht aufgeben müssen. Beide erklärten sich jetzt für einen Vertrag, der die amerikanischen Rechte durch besondere Klauseln wahrnehme. Diese bestimmen, daß Deutschland den Vereinigten Staaten das Recht zuerkennt, in der Frage der Kabelverteilung mitzusprechen und bei der Verteilung der ehemaligen deutschen Kolonien mitzuentcheiden. Endlich soll Deutschland durch eine Klausel die Gültigkeit der Beschlagnahme der deutschen Güter in den Vereinigten Staaten anerkennen.

Die andern sollen anfangen.

Washington, 1. Juni. Bevor die Regierung der Vereinigten Staaten irgendwelche amtliche Schritte in Bezug auf die allgemeine Abrüstung zur See unternimmt, wird sie die auswärtigen Regierungen von ihren Absichten unterrichten. Es wird vorgeschlagen, daß einige andere Mächte diese Frage vor den Obersten Rat bringen sollen. Die Vereinigten Staaten könnten dies nicht tun, weil sie keinen tatsächlichen Vertreter im Obersten Rat haben.

Gegen die Lohnherabsetzung.

London, 1. Juni. 33 Syndikate, die 1 1/2 Millionen Metallarbeiter vertreten, erhoben gegen die Herabsetzung der Löhne, die für den 16. Juni angekündigt ist, Widerspruch. Eine Konferenz zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird vorbereitet.

Heute, am 61. Tage des Bergarbeiterstreiks, ist es noch zu keinem Ergebnis gekommen. Die Regierung hat einen Erlaß veröffentlicht, wonach die Behörden Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerk sowie andere Werke mit Beschlag belegen und Lebensmittel- und Kohlenvorräte usw. requirieren können.

London, 1. Juni. „Daily Express“ meldet: Die Sitzung des Obersten Rats in Boulogne wird zum mindesten nicht vor dem 10. Juni stattfinden können.

London, 1. Juni. „New York Herald“ meldet, daß in Moskau die Konferenz der kommunistischen Partei am 26. Mai unter dem Vorsitz Lenins eröffnet worden sei.

London, 1. Juni. Wie aus Tokio gemeldet wird, haben bolschewistischen Streitkräfte unter General Kappel Wladimirof kampflos eingenommen. Die Japaner verhielten sich neutral.

Paris, 1. Juni. Der japanische Kronprinz ist gestern nach Moskau abgereist.

Irisher Bombenanschlag.

London, 1. Juni. Die „Times“ meldet, daß das schwere Unglück in Doughal (Cork) auf einen irischen Anschlag zurückzuführen sei. Sinn Feiner brachten eine Flattermine unter einer Abteilung des Hampshire-Regiments, die mit einer Musikkapelle ausmarschierte, elektrisch zur Entzündung.

In Aberdeen (Marland, Nordam.) entzündete sich eine Bombe, als sie an einem Flugzeug angebracht werden sollte. Zwei Personen wurden getötet, drei verletzt.

Gegen Moskau.

Paris, 1. Juni. Der Nationalkongress der französischen Eisenbahner hat gestern in Paris seine Tagung begonnen. Mit 54 000 gegen 46 000 Stimmen wurde der Anschluß an die Moskauer Internationale abgelehnt.

Paris, 1. Juni. Die „Chicago Tribune“ meldet: Der japanische General Kamura in Wladimirof setzte die russisch-japanische Verständigungskommission in Kenntnis, daß er innerhalb eines Monats japanische Truppen gegen die Küstenprovinzen marschieren lassen werde. Von russischer Seite wurde geantwortet, daß würde eine Verletzung des russisch-japanischen Vertrags von 1905 sein.

Montana, 1. Juni. Ungefähr 5000 Arbeiter und Arbeiter der Werkstätten von Hoovoy sind in einen Lohnausstand getreten.

Reichstag.

Die Regierungserklärung.

Berlin, 1. Juni.

Die Sitzung beginnt kurz nach 4 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Regierung.

Minister Dr. Meiß: Das Programm der Regierung umfaßt drei Worte: **Verständigung, Wiederaufbau, Verbesserung.** Durch die Annahme des Ultimatums ist eine Art **Commodus** auf die historische Entwicklung gesetzt worden. Das Ultimatum stellt uns kurze Fristen. Wir sind schon abgelaufen. Wir haben sie eingehalten. Auf finanziellem Gebiet ist die bis zum 30. Mai zu zahlende eine Milliarde Goldmark rechtzeitig geleistet. In der Abrüstungsfrage haben wir uns der Entwaffnungsabstimmungen der Pariser Note vom 29. Januar auf dem militärischen Gebiet, wie auf dem der Marine und des Luftwesens gehalten. Die bisher abgelaufenen Fristen sind auch auf diesen Gebieten eingehalten. Die Entwaffnung der Einwohnerwehren wird von den Landesregierungen angeordnet. Die bayerische Regierung hat in diesem die bekannte Erklärung abgegeben. Wenn danach die befehligten Schritte zu den unabwendbar gewordenen Beschlüssen durchgeführt haben, so verdienen sie Dank. (Gelächter links.) Ich spreche namens der Reichsregierung die Erwartung aus, daß die Waffenruhe künftighin innerhalb der gesetzlich festgesetzten Frist erfolgt. In der Frage der Aufhebung der Besetzung glaubt die bayerische Regierung, daß die Aufgabe der Waffenruhe die bayerische Regierung nicht mehr unter die Artikel 177 und 178 des Friedensvertrags falle. Aber die Reichsregierung steht vor dem Ultimatum vom 5. Mai und dies ermächtigt ihr nicht, die Einwohnerwehr von der Liste der aufzuhebenden Wehren auszunehmen. Wir haben diesen Schritt in unterirdischer Form nur unter dem Druck der Verbündeten vorgenommen.

Die sich aus der Durchführung des Ultimatums ergebenden wirtschaftlichen Aufgaben gliedern sich in das finanzielle, das Wirtschaftsprogramm und die sozialpolitische Aufgabe. Wir müssen beweisen, wie groß unsere Leistungsfähigkeit ist. Ein sorgfältiger und geordneter Wiederaufbau muß aufgestellt und der Garantiekommission vorgelegt werden. Wir müssen, um die Jahreszahlungen zu decken, bestimmte Steuerquellen berechnen, die wir zur Verfügung stellen wollen. Wir müssen eine Einnahme schaffen, die gleich hoch ist wie die Ausgabekategorie.

Württemberg.

Stuttgart, 1. Juni. (Kleine Anfrage.) Abg. Eiller (B.V.) hat folgende kleine Anfrage eingebracht: Das Landesfinanzamt hat in einer Reihe von Städten einen sog. „Bauhof“ eingerichtet, durch den handwerksmäßige Arbeiten für die Reichsvermögensämter und andere staatliche Behörden in eigener Regie ausgeführt werden. Ist das Staatsministerium bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß diese Stellen, die eine schwere Schädigung für die kleinen und mittleren Handwerksbetriebe bedeuten, so bald wie möglich wieder aufgehoben werden?

Steuerhinterziehung. Wegen unrichtiger Angabe in den Einkommen- und Kapitalsteuerklärungen und vom Landesfinanzamt Stuttgart in letzter Zeit in 9 Fällen Geldstrafen von zusammen über eine halbe Million Mark verhängt worden.

Stuttgart, 1. Juni. (Finanzanschau.) Der Finanzanschau des Landtags setzte gestern die Beschlußfassung über die Anträge des Bauernbunds und des Zentrums betr. Freigabe des Getreideverkehrs aus, da der Reichstag in nächster Zeit darüber Beschluß fassen wird. Ein Antrag des Ausschusses auf Freigabe der Viehverordnung und des Viehverkehrs unter Beibehaltung der Grenzperre wurde angenommen, der Antrag des Bauernbunds auf freien Viehverkehr ohne Grenzperre

Viola.

Roman aus dem Leben von Georg v. Pletten.

46) (Nachdruck verboten.)

Kurt von Remagen aber kam noch am selben Tage um seine Verletzung in einen anderen Garnisonsort ein, und nahm einen mehrtägigen Urlaub, den er unter den obwaltenden Umständen leicht erhielt; denn die Skandalaffäre bildete bald den Gesprächsstoff in der ganzen Stadt.

Die Hochzeit.

Es ist der erste Mai. Entzückender Sonnenglanz. Laue Lüfte. Alles regt sich, alles lebt. Bäume und Sträucher grünen schon schüchtern. In den Straßen, im Stadtpark promenieren die Herren und Damen in ihren neuen Frühlingstoiletten. Mathilde und Hedwig aber sitzen in ihrem Stübchen und arbeiten, d. h. Hedwig allein arbeitet eigentlich. Mathilde sieht mehr zu oder probiert die Bänder und Spitzen, welche aus der kunstgeübten Hand der kleinen Schwester hervorgehen — lauter Kleinigkeiten zur Bervollständigung der allerliebsten Ausstattung, die ihr zuteil werden soll. Eben bringt die Directrice des ersten Konfektionsgeschäftes der Stadt das Hochzeitskleid zur Probe. Es ist natürlich erst im rohen fertig, Mama ist auch eingetreten, um der Probe beizuwohnen. Bis auf einige Kleinigkeiten ist das prachtvolle Atlaskleid mit der langen Schleppe entzückend und so passend als möglich ausgefallen.

Nun sind die beiden Schwestern wieder allein. „O, Hedwig“ — und Mathilde umarmt ihre Schwester — „wie glücklich ich bin! Nur mehr vierzehn Tage, und ich stehe in dem herrlichen Kleide am Traualtar mit meinem Max! Wie er mich liebt! Täglich kommt er

oder schreibt er. Er flieht über vor Liebe, und wie er mich gerührt dankt, daß ihm Papa über alle Schwierigkeiten hinweggeholfen! O, ich hoffe, sehr glücklich mit ihm zu werden!“

„Ja, Du mußt glücklich sein!“ wiederholte mechanisch Schwester Hedwig. Es klang wie ein Seufzer.

„Du scheinst aber gar nicht zufrieden zu sein, Schwesterchen“, bemerkte Mathilde.

„Wie kannst Du das nur sagen, Mathilde! Ich wünsche Dir alles, alles Gute.“

„Und auch Du, liebe Hedwig, wirst glücklich, und Du verdienst es, noch viel glücklicher zu werden als ich.“

„Meinst Du? Ich fürchte fast das Gegenteil“, sagte Hedwig und sah betrübt auf das Monogramm hernieder, das sie eben trug.

„Schwesterchen, Du hast etwas auf dem Herzen. Ich merke es schon lange, Du bist in den letzten Tagen auch nicht mehr so lustig als sonst, singst nicht mehr, wie das muntere Böglein, und bist so still — so still. Sag, was hast Du?“

„Mathilde, ich kann Dir's ja gar nicht sagen. Es ist ja auch eine Dummheit. Du wirst mich auslachen.“

„Sei unbeforgt, ich will's nicht tun. Was betrifft es denn, Hedwig?“

„Die Einladungen“, hauchte sie und erstete tief. „Hat man denn jemanden einzuladen vergessen, den Du gerne bei der Hochzeit sehen möchtest?“

„O nein. Aber eine Einladung ist abgelehnt und eine zugesagt worden.“

„Was Dir nicht behagt?“ ergänzte die Schwester. „Und darf ich wissen, welche Einladungen das sind?“

„Mathilde“, und mit diesem lauten Rufe warf sich Hedwig der Schwester weinend um den Hals. „Ich muß Dir endlich etwas mitteilen, was ich Dir bisher stets verschwiegen, und auch den Eltern!“

„Wie, Hedwig, auch Du hast Geheimnisse?“

„Ja, ich habe eines, und es lastet schon so lange zenierverschwer auf mir — seit dem Waschenball.“

„Nun? Weichte ganz aufrichtig, Schwesterchen!“

„Ich hatte einen Antrag bekommen.“

„Du — Hedwig — einen Antrag? Und hast ihn angenommen, am Ende bist Du gar still verlobt — wie ich? Schwesterchen... hast Du Dich nicht warnen lassen durch mein schlechtes Beispiel?“

„O nein, das ist es nicht; ich wies den Antrag ab.“

„Und wer ist der Unglückliche, der von meiner einzigen Hedwig abgewiesen wurde?“ fragte noch immer in scherzender Manier Mathilde.

„O, Du hast kein Herz für mich, Mathilde, Du lachst bei einer so ernstlichen Sache“, bemerkte vorwurfsvoll Hedwig.

„Nimm's nicht übel, ich kann mein kleines Schwesterchen mit gar nicht vorstellen in der Pose, wie es einem glühenden Verehrer einen Korb gibt. Nochmals, also wer war der Unglückliche?“

„Wenn Du es erfährst, wirst Du nicht mehr so lachen. Es war der Herr Professor.“

„Der Sohn des Kommerzienrats?“

„Ja“, sagte Hedwig einfach und versank mit dem errötenden Angesicht in die Stühle.

„Und warum — warum, Schwesterchen, wiesest Du ihn ab? Eine solche Partie! Hedwig, wie konntest Du nur?“

„Schwester, würdest Du je Deinen Max aufgegeben haben um eines anderen willen?“

„Nein... das nicht“, sagte Mathilde, „aber...“

„Aber ich sollte dem die Treue brechen, den ich im Herzen schon so lange liebe?“

„Du, Hedwig, mußt ich noch einmal fragen, Du liebst? Und er liebt Dich wieder? Du bist am Ende gar schon versprochen?“

(Fortsetzung folgt.)



und derjenige des Zentrums auf Verkehrsvereinbarung mit Bayern wurde abgelehnt. Ein Antrag der Abg. Vides und Hofmann (L. Volksp.) betr. Ueberwachung der Verwendung der Gelder der Landesversorgungskasse verlangt, daß die erübrigten Gelder für die Gemeindefürsorge für die Verletzte, die sie bei der Lebensmittelversorgung erlitten haben. Es wurde entgegengehalten, daß der Antrag eine Mißtrauensklärung gegen die bisherigen Verwaltungsmaßnahmen sei. Der Antrag wurde abgelehnt.

In der heutigen Beratung beschloß der Ausschuß, von der Reichsregierung die Kosten der letzten Reichstagswahlen in Höhe von 145 000 Mark, die von den Parteien der Regierung ganz zu erlegen wären, 100 000 Mark auf Staatskosten zu übernehmen. Ein Gesuch der Gemeinde Dietenheim, im Lande, um einen Beitrag zur Errichtung eines Schuhdamms gegen die gefährlichen Hochwasser der Iller wurde von allen Parteien unterstützt und der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Stuttgart, 1. Juni. (Zimmermeisterstag.) Der Landestag württ. Zimmermeister hielt hier seine 57. Tagung ab. Es fand Berthele-Albach erstattete den Geschäftsbericht, nach dem der Verband 1200 Mitglieder zählt. Bezüglich der Arbeiten für den Wiederaufbau im zerstörten Gebiet wurde gefordert, daß die Vergütung solcher Arbeiten durch das Reich bzw. durch die Auftragstellen der Länder erfolgen soll.

Göppingen, 1. Juni. (Schäntaler.) Anlässlich des 27. württ. Landestages gelangt ein künstlerisch angelegter Schäntaler zur Ausgabe, der nach dem Entwurf des Kunstbildhauers A. Feuerle von der Fachschule für Edelmetall-Industrie in Schwab. Gmünd angefertigt wurde. Auf der Vorderseite zeigt er einen Jungstier, der die aufgehende Sonne begrüßt; die Rückseite enthält die Widmung: „Zum 27. Landestage in Göppingen vom 11.—14. Juni.“

Oberdorf a. N., 1. Juni. (Ehrentag.) Direktor Doll von der Wäsenfabrik Oberdorf, ein bekannter Briefmarkensammler und Kenner, hat der Stadt Oberdorf aus dem Erlös einer Sammlung sämtlicher württembergischer Briefmarken 22 000 Mark zum Geschenk gemacht.

Mottweil, 1. Juni. (Betriebsausstellung.) Die hiesige Brauerei A. G. soll laut „Volkfreund“ einer anderen Bestimmung zugeführt werden. Die Gesellschaft wird mit der Löwenbrauerei Schwemningen vereinigt.

Ulm, 1. Juni. (Verbandstag der Konditoren.) Am Montag und Dienstag fand hier unter zahlreicher Beteiligung der Landesverbandsmitglieder der Konditoren Württembergs statt. Der Jahresbericht bezeichnet die Arbeiten des letzten Jahres als einen Kampf um die Existenz. Die einzelnen Unterverbände beschloßen, mit der Umwandlung zu Innungen noch ein Jahr zuzuwarten. Der Vorstand jedoch zu beauftragen, die Grundlagen für die Umwandlung zu schaffen. Es wurde beflagt, daß die Kaffeeplantagen so viel Mehl erhalten, daß sie es gar nicht verarbeiten könnten. Eine kleine Besserung sei nun erreicht worden. Bezüglich des Lehrlingswesens wurde beschlossen, eine Eingabe an die Handelskammer zu richten, in der gefordert wird, daß ein zweites Lehrlingsinstitut angelegt werden darf, wenn der erste Lehrlingsjahrgang das zweite Lehrjahr angetreten hat. Zum Verbandsvorsitzenden wurde Roth-Stuttgart, zum Stellvertreter Schiefel-Ulm gewählt. Der bisherige Vorstand Schiefel-Ulm wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Der nächste Verbandstag findet in Heilbronn statt.

Friedrichshafen, 1. Juni. (Besigwechse.) Die Flugzeugfabrik des Luftschiffbau G. m. b. H. soll nun in andere Hände übergegangen sein und zwar soll die Maschinenfabrik Fischer-Weiß u. Cie. Zürich das Anwesen erworben haben zum Bau von Wasserwerksanlagen.

Mittwochliches Wetter.

Die Störungen ziehen wieder ab. Am Freitag und Samstag ist trockenes und heißes Wetter zu erwarten.

Baden.

Karlsruhe, 1. Juni. Bei der Beratung der Ertragssteuerfrage beschloß die der Pauschalsteuerschau des Landtags nochmals mit der Frage, ob die Rechtsanwälte und die Ärzte zur Gewinnerhebung herangezogen werden könnten. Nach längerer Aussprache beschloßen, in den § 45 folgenden Satz einzufügen: Als gewerbliche Unternehmung ist nicht zu betrachten eine wissenschaftliche Berufstätigkeit; die Rechtsprechung ist zu beauftragen, sich die Verufe der Ärzte und Rechtsanwälte auf ihre Einbeziehung in die Gewinnerhebungspflicht je nach Umfang und Größe des Betriebs näher anzusehen.

Karlsruhe, 1. Juni. Bei einem Ausflug nach der Schwabmühlbach bei Karlsruhe wurde ein Schülerin auf einen spitzen Stein, erlitt einen Schädelbruch und ist der schweren Verletzung jetzt im Krankenhaus erlegen.

Die Evangelische Landessynode tritt, wie berichtet, am 14. Juni zu ihrer ersten Tagung nach den Neuwahlen zusammen. Von den 63 Mitgliedern der Landessynode sind 34 positiv, 21 liberal, 4 gehören der Landeskirchlichen Vereinigung und 3 dem Volkskirchlichen an. Die Synode wird sich in erster Linie mit Finanzsachen beschäftigen.

Aus der Reformationsskizze der evang. Kirchen vom letzten Jahr und einem Zuschuß von 10 000 Mark aus dem Allg. Kirchenfonds für Abhaltung von Gottesdiensten und Erteilung von Religions- und Konfirmandenunterricht in 130 Diasporagemeinden 31 310 Mark und als Zuschüsse in den Fonds von 44 Diasporagemeinden 5100 Mark, zusammen also 39 410 Mark verwendet.

Die Mitgliederzahl des Badischen Bauernvereins hat in der letzten Zeit 110 000 überschritten. **Durlach, 1. Juni.** Der verheiratete, 59 Jahre alte Weichenwärtler Jakob Ruf von hier wurde auf dem hiesigen Bahnhof durch eine Maschine überfahren und getötet.

Heidelberg, 1. Juni. Das bisher in Mannheim-Heidenheim bestehende Reichsamt hat seinen Sitz nach Heidelberg (Riedstraße 2) verlegt.

Geh. Rat Dr. Duden, Prof. der Geschichte an der hiesigen Universität, hat einen Ruf nach Wien abgelehnt.

Der Verband der deutschen Brotfabrikanten hat auf seiner Tagung hier einstimmig die Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft und Freigabe der Getreideeinfuhr neben der Einfuhr durch das Reich verlangt. Nur die von allen Fesseln befreite Erzeugung könne den einheimischen Getreidebau wider auf die Höhe bringen, welche die Brotversorgung mit inländischem Getreide sichert.

Mannheim, 1. Juni. Der Verband badischer Männer- und Jünglingsvereine vom Verein für innere Mission Augsburgsweilener Kreises hielt zum ersten Mal wieder seit Kriegsbeginn in unserer Stadt sein 10. Jahresfest ab. Es war von Vertretern der Vereine aus dem ganzen badischen Lande besucht.

Zauberschloßheim, 1. Juni. Zu dem Waffensfund in Osterbrunnen wird gemeldet, daß nicht 500, sondern 270 Gewehre, davon 30 beschädigt, in einem Eisenbahnwagen gefunden wurden. Die Sache wurde über Gebühr aufgekauft.

Imstätt u. S. u. erischhofheim, 1. Juni. Bei einem Gewitter traf ein Blitz die Ehefrau des Waldhüters Sebastian Bayer, die vor dem Umwetter Schutz unter einem Baum gesucht hatte. Die Frau wurde schwer verletzt. Zum Glück konnten ihre in der Nähe befindlichen Personen rasch Hilfe leisten.

Freiburg, 1. Juni. Als Nachfolger des zum Wirkl. Geistl. Rat ernannten bisherigen Rektors Dr. Bernhard Jauch wurde Ordinariusmissionar Heinrich Böckel zum Rektor des Erzbischofl. Missionsinstituts in Freiburg ernannt.

Gerlachsheim, 1. Juni. Das kirchenmusikalische Fest, das am 5. Juni abgehalten wird, findet in weiten Kreisen Interesse. Acht Vereine mit ca. 200 Sängern haben sich angemeldet.

Unterbaldingen (Amt Donaujochingen), 1. Juni. Beim Graben von Baumlöchern sieht man hier auf Schiefer. Eine sachmännliche Untersuchung ergab ein größeres Lager ölhaltigen Schiefer s. Auch Erz wurde dabei gefunden.

Freiburg, 1. Juni. Die Angestellten der Freiburger Banken erheben in einer Entschlieung Widerspruch gegen die Ablicht der Bankiers, beim Abluß des neuen Reichstatts die Gehälter abzubauen und die Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit usw.) zu verschlechtern.

Konstanz, 1. Juni. In der letzten Zeit sind auf dem hiesigen Friedhof wiederholt Marmorkreuze von Grabdenkmälern verschwunden. Der Dieb ist jetzt in der Person eines sächsischen Arbeiters ermittelt worden.

Notiales.

— **Vom Schwäb. Schillerverein.** Der Berliner Zweigverein des Schwäb. Schillervereins hat an Stelle des verstorbenen Dr. Casar Haisch den Direktor des Wolffschuln Büros in Berlin, Dr. Hermann Diez, zum Vorsitzenden gewählt.

— **Der Kampf gegen das Schiebertum.** Durch die Eisenbahnüberwachungs- und Bahndienstbeamten der Landespreiskämmer Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz wurden im Monat April folgende Gegenstände beschlagnahmt: Zwei Wagen Papierholz, ein Wagen Brennholz, 19 165 Kilogramm Mehl, 1487 Kilogramm verschiedenes Getreide, 746 Liter Milch, 59 Kilogramm Butter, 3100 Kilogramm Ulmburger Käse, 41 Kilogramm Zucker, 14 175 Stück Zigarren, 911 Stück Backwaren, 290 Stück Thermometer, ein Sparlassenbuch im Wert von 6000 Mk., bares Geld 306 097 Mk., Schmuckwaren im Wert von 5000 Mk., Musikinstrumente im Wert von 200 000 Mk. Salzvarjan und sonstige Arzneimittel im Wert von 80 000 Mk.

— **Reparationsgewinnler.** Zu den Kriegs- und Revolutionsgewinnlern soll nun eine neue Art kommen: die Reparationsgewinnler. Dafür sorgt der Feindbund. Bekanntlich müssen wir bis 1. Juli ds. Js. 12 Milliarden Schuldverschreibungen und im Lauf des Jahres weitere 58 Milliarden dem Feindbund übergeben, die von Deutschland mit 5 Prozent verzinst werden. Diese Schuldverschreibungen können, wie die „Südd. Ztg.“ berichtet, vom Feindbund auch an Private und zwar an Deutsche ausgegeben werden. Hier liegt die große Gefahr für eine weitere Sittenverderbnis. Denn nach den Bestimmungen des Ultimatus müssen die Schuldverschreibungen von allen deutschen Steuern und Lasten jeder Art frei sein. Das bedeutet nichts anderes, als daß in Deutschland zwei Klassen von Kapitalbesitzern geschaffen werden, eine, die alle Lasten durch Steuern zu tragen hat, und die andere, die auf ihren „Reparationsbons“ sitzt und ein sorgenloses Leben führen kann. Alle Kapitalgeber und neuen Reichen werden sich auf diese Papiere stützen, weil die deutschen Behörden nicht das geringste Recht haben, von dem Besitzer die gleichen Abgaben zu verlangen wie von anderen Vermögern. Die Papiere werden zudem einen besonderen Vorzug dadurch genießen, daß das Reich mit seinen ganzen Einkünften und Vermögern dafür haftet.

— **Was im getreidearmen Voralberg gestattet wird.** Die Voralberger Landbruggen gibt bekannt, daß die Herstellung und der Vertrieb von einem Wasserbad aus ausländischem Weizenmehl in der Form von Breden, Laiben, Schibrot, Derrantable, Fäule und Semmeln (ohne Ruß von Milch und Butter) gestattet wird. Die gewerbemäßige Erzeugung und der Vertrieb von seinem Mehlbad, wie seine Semmeln, Brezeln, Rippen, Salzbraten und dergl. bleibt verboten.

Bermischtes.

Wassernot. Der Stadtrat in Rothenburg o. T. hat infolge des Wassermangels beschlossen, daß nur noch an drei Tagen in der Woche, Sonntag, Dienstag und Donnerstag, morgens von 5 bis 6 Uhr, Wasser abgegeben werden darf.

Die geistliche Schulaufsicht ist nach einer Verfügung der Regierungskommission im Saargebiet aufgehoben worden.

Explosion. In der Grafschaft Cork (Irland) wurden durch Explosion einer Mine 26 englische Soldaten getötet, 21 verletzt.

Schiffsbrand. In Buenos Aires brach an Bord eines Dampfers ein Brand aus, der vermutlich in verbotener Weise von streikenden Seeleuten der ängstlichen Sozialisten verurteilt war. Die Polizei überwachte 177 solcher Arbeiter in einer geheimen Versammlung und verhaftete sie sämtlich.

Der Bevölkerungsrückgang in Frankreich. Die Volkszählung in Frankreich hat ergeben, daß für die nächste französische Kammer 90 Abgeordnete weniger zu wählen sind, als in der jetzigen Kammer sitzen.

Um sich Geld für die Verlobung zu verschaffen, verübte ein 23jähriger Sattler in Dresden einen Raubmord, indem er in der Wohnung eines feineren Juweliers einen Einbruch verübte, der Tochter den Hals abschnitt und den 86-jährigen Wohnungsinhaber niederschlug. Dann raffte er eine Menge Wertgegenstände zusammen. Durch die Hilferufe der Ueberfallenen waren aber die übrigen Hausbewohner aufmerksam geworden. Der Mordtater mußte seine Beute im Stich lassen und auf der Flucht wurde er ergriffen und ins Gefängnis gebracht. Es wurde bei ihm außer einer Wafte, einem Rasiermesser und einer Pistole ein Verzeichnis von etwa 20 Raubfällen gefunden, die er früher hatte ausführen wollen, die ihm aber nicht gelungen waren.

Franszösische Neger lassen sich im Rheinland nieder. Der französische Oberkommissar in den Rheinlanden hat dem französischen Minister des Innern gemeldet, daß zahlreiche eingeborene Algerier, ehemalige vom Militärdienst entlassene algerische Schützen sowie marokkanische oder algerische Kolporteurc mittels der von der zuständigen französischen oder algerischen Behörde ausgestellten Reisepässe sich nach dem von den algerischen Truppen besetzten Gebiete begeben und dort niedergelassen haben. Wie der Oberkommissar hervorhebt, seien diese Eingeborenen kein bestimmtes Gewerbe aus. Ihre Existenzmittel sind vielfach unlautere, und einzelne treiben verbotenen Handel. Die Anwesenheit ehemaliger algerischer Schützen in den Rheinlanden könne von größtem Nachteil sein. Daher bittet der Oberkommissar, die Bürgermeister und Polizeikommissare aufzufordern, auszusitzen, und zwar grundsätzlich, keine Pässe nach der Rheinprovinz den oben erwähnten französischen Unterthanen zu erteilen.

Die Jahrvreishöhung ist nunmehr vom 1. Juni an von der Rheinlandskommission auch für das besetzte Gebiet genehmigt worden.

Drei Hochzeiten. In der Familie F. Schäfer in Döbeln (Sachsen) wurde am 30. Mai die goldene, silberne und grüne Hochzeit von Großeltern, Eltern und einer Tochter gefeiert.

Bewertung von Tauchbooten. Auf der Kieler Germaniafahrt ist für Rechnung der A. G. Hugo Stinnes in Hamburg ein Notortantschiff „Astronauten“ von 3000 Tonnen Ladefähigkeit vom Stapel gegangen. Der Rumpf dieses für den Osttransport bestimmten Schiffs besteht in der Hauptsache aus zwei Druckkörpern von Tauch-Bootskreuzern, die auf Grund des Friedensvertrags ihrem ursprünglichen Zweck entzogen werden mußten. Der Schiffsraum ist dadurch geschaffen worden, daß zwei solche Körper von 5,75 Meter größtem Durchmesser und 77 Meter Länge, parallel miteinander verbunden, mit einem Aufbau versehen und ihnen kurze Vor- und Hinterteile angebaut wurden, um eine gute Schiffsform zu erzielen. Ein zweites solches Schiff ist für Stinnes noch im Bau.

Raub. Im Kassenraum einer Bank in Danzig raubten Einbrecher einen Betrag von 600 000 Mark, worunter 4 Millionen polnische Mark.

Es ist erreicht. Eine amerikanische Fluggesellschaft hat für den Verkehr zwischen Newyork, Chicago und San Francisco ein Flugzeug in Dienst gestellt, das u. a. auch eine Anzahl Schlafräume für Reisende enthält.

Die Besteigung des Gaurisanlar. Die von der Abniglichen Geographischen Gesellschaft in England veranstaltete Mount Everest-Expedition ist am 19. Mai nach Beendigung aller Vorbereitungen in zwei Gruppen unter Führung des Obersten Howard Wury von Darjiling aufgebrochen. Darjiling liegt 2182 Meter hoch in dem zwischen Nepal und Sbutan vorspringenden Gipfel Nordindiens. Eine dritte Gruppe unter Major Morshard ging schon einige Tage vorher ab. Sie folgt dem Tal der Kista, eines Nebenflusses des Brahmaputra, wird den 500 Meter hohen Kangula-Baß überschreiten und sich in Khamba auf tibetischem Gebiet mit den anderen Abteilungen vereinigen. Von dort wird die Expedition sich westwärts wenden und in Tingri (30 Meilen nördlich des Mount Everest-Stocks) einen Punkt für den Aufstieg errichten. Es handelt sich bei diesem Unternehmen zunächst nur um eine Vor-Expedition, die Vermessungen vorzunehmen und die besten Zugangswege zu erkunden hat. Der eigentliche Aufstieg soll erst 1922 stattfinden.

— **Neue Sonderzüge.** Vom 1. Juli an wird im württ. Binnen-Gütertarif die Mindestfracht für Sonderzüge auf 100 Mk. für das Tarifikilometer und den Zug 2400 Mk. im ganzen und die Bahnerwartungsgebühr auf 16 Mk. für das Tarifikilometer erhöht.

— Lotterien. Das württ. Ministerium des Innern hat dem Verband der Pflanzgesellschaften vom Roten Kreuz zugunsten seines Heims und dem Verein für Volkshilfsstätten in Württemberg zur Gründung einer Heilstätte für tuberkulöse Kinder je eine Lotterie mit 100 000 Loosen genehmigt. Von der Lotterie des Bayerischen Landeshilfsvereins vom Roten Kreuz dürfen 10 000 Lose in Württemberg vertrieben werden.

Maunheimer Schlachtviehmarkt vom 30. Mai. Zum Schlachtviehmarkt am Montag waren zugeführt und wurden für einen Zentner Lebendgewicht gehandelt: 131 Ochsen zu 500—850 Mk., 117 Bullen zu 500 bis 680 Mk., 654 Kühe und Färsen zu 300—850 Mk., 456 Kälber zu 750—950 Mk., 171 Schafe zu 300—550 Mk. und 810 Schweine zu 1050—1250 Mk.

Stuttgart, 1. Juni. (Betriebsverlegung.) Die Daimlerwerke haben in ihrem letzten Geschäftsbericht mitgeteilt, daß sie infolge der starken steuerlichen Vorbelastung, die die württ. Industrie durch die württ. Landessteuergesetzgebung (insbesondere Gewerbesteuer) und Steuererleichterungspraxis erfährt, gezwungen seien, ihre Betriebe nach Möglichkeit zu verlegen. Wie wir nun von unterrichteter Seite hören, ist die Verlegung der Flugzeugabteilung nach der Zweigfabrikfabrik Berlin-Mariensfeld im Gang.

Neues vom Zwerghuhn.

Unsere Zwergge erfreuen sich einer immer steigenden Beliebtheit. Die Gründe dafür sind: Ihr anmutiges

Wesen und ihre Schönheit, ihr geringes Platz- und Futterbedürfnis und ihre gute Verzehrgabe. Wer einmal Zwergge gehalten hat, wird zugeben, daß sie unter den Hühnern wie Blüten im Gemüsegarten wirken.

Die Zwergge legen im allgemeinen ebenso gut, wie der Durchschnitt der Groß-Hühner, und ihre Eier sind relativ größer als die der letzteren. Das Groß-Huhn wiegt 4—6, das Zwerghuhn 1—1½ Pfund; das Ei des ersteren wiegt 55—75 Gr., das des letzteren 35—45 Gr., ist also verhältnismäßig bedeutend schwerer, als das des großen Huhns. Wer darum mit Raum und Futter rechnen muß, dem empfehle ich Zwergge, natürlich keine Zwergge, sondern Rutzzwergge.



Zuerst seien die „Zwerglangshan“ genannt, die in weiß und rot vorkommen. Diese sind ausgesprochene Wirtschaftshühner von vortrefflichen Eigenschaften. Die schwarzen und weißen sind völlig fertig, während die roten, die die wirtschaftlich besten sein sollen, den äußeren Ansprüchen noch kaum genügen. Als weitere Nenn-

nenne ich das „deutsche Zwerghuhn“. Es ist gegliedert, aus dem kleinen, unbräunlichen landläufigen gold- und silberhalsigen Landzwerg, der überall umherläuft und gut legte, ein modernes Tier zu schaffen. Das ist auch gegliedert; aber wenn die Hühner auch schöner geworden sind, so haben sie doch im Leben teilweise nachgelassen. Das macht das Einkreuzen des Phönixblutes. Wie unser erstes, dunkel schraffiertes Bild, so war das Huhn früher, die andern beiden Abbildungen zeigen das heutige deutsche Zwerghuhn. Die etwas verloren gegangene Vegetätigkeit wird auch schon wieder hineinkommen. Wir kennen das deutsche Zwerghuhn in hochrassigen Stämmen jetzt in gold- und silberhalsig, weiß und schwarz. Ganz neu ist der „Nackthalszwerg“. Er wird gezüchtet in schwarz, weiß und geperbert, legt hervorragend und ist ein Wirtschaftshuhn ersten Ranges. „Wyandotteszwerg“ gibt es in Silber und dunkelbraunfarbig. Beide Farbenschläge stehen an Wirtschaftswert den altbekannten Zwergen der weißen und reibhalsfarbigen Wyandottes nicht nach. Auch das „Thüringer Barthuhn“ ist verzweigt worden. Es ist hübsch, bräunt aber noch etwas kleiner werden; es legt sehr gut. Borkänzig gibt es das Hühnchen nur in schwarz. Eine züchterische Leistung ersten Ranges ist die Schaffung goldhalsiger „Zwerg-Italiener“. Die Tiere sind wohl auch noch etwas groß, legen aber hervorragend und sind bildschön. „Zwerg-Minocla“ und „Zwerg-Andalusier“ existieren ebenfalls. Die Tiere werden recht gut beurteilt und sollen gut legen.

Bekanntmachung. Brennholz-Anmeldung.

Die Anmeldung auf Brennholzbedarf für das Rechnungsjahr 1921 hat innerhalb 14 Tagen beim **Lebensmittelamt** zu erfolgen, je nachmittags 2—5 Uhr.

Nach gemeinderätlichem Beschluß vom 26. April 1921 haben Anspruch:

- a) selbständig lebende, einzelne Personen mit eigenem Haushalt auf 2 Nm.
- b) Familien von mindestens 2 Personen auf 4 Nm.

Der Preis beträgt für:

| | | |
|--------------------------------------|---------|--------|
| Nadelholzscheiter | pro Nm. | 50 Mk. |
| Laubholzscheiter | „ | 53 Mk. |
| Nadelholzprügel | „ | 43 Mk. |
| Laubholzprügel | „ | 45 Mk. |
| Nadelholzreisprügel | „ | 28 Mk. |
| Laubholzreisprügel | „ | 30 Mk. |
| Nadelholzreisprügel gering. Qualität | „ | 30 Mk. |

Die Abgabe erfolgt im Wege der Verlosung und zwar nur an diejenigen Personen, welche sich innerhalb der festgesetzten Anmeldefrist von 14 Tagen angemeldet haben.

Letzter Anmeldebetrag: 15. Juni 1921.

Wildbad, den 1. Juni 1921.

Stadtpflege Wildbad.

Bekanntmachung.

Der Grasertrag von circa 8 ar im Umrang und an den Böschungen der König-Wilhelmschule wird am Freitag, den 3. Juni 1921, vormittags 11 Uhr, auf dem Rathaus für das Nutzungsjahr 1921 öffentlich gegen Barzahlung versteigert.

Wildbad, den 1. Juni 1921.

Stadtpflege Wildbad.

Mieterverein.

Donnerstag, den 2. Juni 1921, abends 8 Uhr

Bersammlung

im Hotel Maisch.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Mieterbewegung.
2. Rücktritt des Geschäftsführers und Neuwahl.

Mieter erscheint vollzählig.

Der Vorstand.

Dr. Roth,

Facharzt für Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten, Pforzheim, Bahnhofplatz 3, hält jeden Samstag-Nachmittag von 3—4 Sprechstunde im Katharinenstift ab.

Laufen Sie viel?

Dann kommt für Sie nur ein Stiefel in Betracht:

Dr. Diehl-Stiefel

für Herren, Damen u. Kinder
Vorzüge: Ventilation, Naturform, geräuschl. Gang, Schuh geg. Plattfuß, gepolsterte Unterfühlung des Fußgewölbes. — Naturgemäße Fußbelledig. mit allen hygien. Vorzügen.
Musterleiste Besofolter gratis.

Alleinvertauf:

Schuhhaus Wilh. Treiber.



Ein Stiefel, der nicht drückt!
Ein Stiefel, der beglückt!

Drucksachen

aller Art, in jeder Ausführung, ein- und mehrfarbig, liefert rasch die

Druckerei Wildbader Tagblatt.

Nudeln,

schöne Ware, in bekannter Güte,

Pfund 7 Mark,

bei

C. Bender u. Söhne.

Größeres, unmöbliertes Zimmer

mit Kochgelegenheit von jüngeren ruhigem Ehepaar für dauernd bei guter Bezahlung gesucht.

Angebote an die Tagblatt-Geschäftsstelle erbeten.

Acker

zu kaufen gesucht. Schriftl. Off. an die Exp. ds. Bl.

Bestellungen auf

Seifenpulver

per Pfund Mk. 2.50 nimmt entgegen Fr. Waldbelich Krankenhaus

Großes Aufsehen erregt das neue Modell der

Torpedo-Schreibmaschine

Unübertroffen in Leistung und Ausführung!

Ein Meisterwerk deutscher Technik!



Prospekt, Vorführung und sofortige Lieferung zu Drig.-Fabrikpreisen durch den Allein-Vertreter für den Schwarzwald

LOUIS SCHLEH : BÜRO-BEDARF : FREUDENSTADT
Telephon Nr. 27. Lieferant erster Firmen.

Dr. med. A. Brinkmann,

Augenarzt aus Pforzheim,

ist jeden Samstag von 5 bis 6 Uhr im Katharinenstift zu sprechen.

A. Uebel

Pforzheim, westl. Karl-Friedrichstr. 51. Telefon 1643.

Flügel, Piano, Harmonium, Phonola-Piano, Wolte-Mignon.

Vertretung von Bechstein — Blüthner Schiedmayer & Söhne Uebel & Lechleier, Ackermann.

Gespielte Pianinos und Flügel stets vorrätig.

Freie Lieferung. Günstige Zahlungsbedingungen.

Kataloge gerne zu Diensten.

Obacht! Obacht! Gelddarlehen!

erhalten solvente Leute gegen bequeme Katenrückzahlung, sowie Hypotheken auf 1. und 2. Stelle. Bau- und Betriebskapital schnell und reell durch Martin Sandner, Pasing bei München Aubingerstr. 23/1. Jeder Zuschritt sind 75 Pfg. in Marken beizulegen.

Kirschen, Erdbeeren, Macaronen, Nudeln, Weinessig, Doppelessig, einfachen Essig, Orangen, Zitronen, Zwiebeln, Margarine, Käse, Limonade, Senf, Salat u. Gemüse, Samstag eintreffend Süßbutter,

empfiehlt

Robert Stirner

Verloren

Spazierstock, braun, Krüden spitze Elfenbein, Oberfl. Kudein, Kuranstalt.

Gartenmöbel

Tische, Stühle hat zu verkaufen. Schütz, Wildbad Palmengarten.